

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Menschenversuche verhindern: keine Verharmlosung, Liberalisierung und Legalisierung von Cannabis

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich sowohl auf Landes-, als auch auf Bundesebene verstärkt gegen die Verharmlosung, Liberalisierung und Legalisierung von Cannabis einzusetzen.

Sofern der Senat auf Bundesebene, bspw. im Bundesrat, agiert, wird eine Änderung der bundesrechtlichen Grundlagen mit dem Ziel der Legalisierung oder Bagatellisierung von Cannabis abgelehnt.

Eine staatlich kontrollierte Produktion und Abgabe von Cannabisprodukten an Erwachsene wird abgelehnt. Der Staat darf nicht zum Dealer werden.

Die finanziellen Mittel, die auf Landesebene in die Durchführung von Cannabis-Ausgabeprojekten fließen würden, sollen stattdessen zusätzlich in den Jugendschutz und die Präventionsarbeit in Berlin investiert werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist über den Stand der Umsetzung dieser Maßnahmen bis zum 30.11.2018 zu berichten.

Begründung:

Laut der Suchthilfestatistik sind in Berlin aktuell ungefähr 24.000 Menschen abhängig von Cannabis, von denen junge Erwachsene zwischen 17 und 24 Jahren die gefährdetste Gruppe darstellen. Hier konsumiert mehr als jeder zehnte in einem problematischen Rahmen, wobei

deren Anfänge einige Jahre zurückliegen dürften. Eine allgemeine Legalisierung von Cannabis und der damit erleichterte Zugang zu dieser Droge würden erst recht zum Konsum verleiten und diese Zahlen dramatisch ansteigen lassen. Die CDU-Fraktion Berlin spricht sich weiterhin entschieden gegen jegliche Form der Verharmlosung, Liberalisierung und Legalisierung von Cannabis aus, um vor allem Kinder und Jugendliche zu schützen.

Auch ein wissenschaftliches Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene lehnen wir entschieden ab. Ein Einstieg in einen staatlich regulierten Markt mit Cannabis zu reinen Genusszwecken wäre aus gesundheitspolitischer Sicht ein völlig falsches Signal und ist darüber hinaus unvereinbar mit den Grundsätzen des Jugend- und Gesundheitsschutzes, welche Vorrang haben müssen vor allen anderen Argumenten. Eine legale Abgabe an Erwachsene hätte fatale Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Kindern und Jugendlichen. Hierdurch würde der Eindruck entstehen, der Konsum des bereits stets als „leichte“ Droge bezeichneten Cannabis wäre harmlos. Hinzu kommt, dass auch eine regulierte und kontrollierte Abgabe, beispielsweise über Apotheken, Kinder und Jugendliche vor einer Weitergabe nicht schützen würde.

Studien zufolge werden Kinder von Rauchern ebenfalls häufig zu solchen. Dies muss in Bezug auf den Konsum von Cannabis unbedingt verhindert werden. Wenn nun aber Kinder ihre Eltern beim offenen und möglicherweise täglichen Konsum von Cannabis in den eigenen vier Wänden beobachten und dieses als normal erkennen, können die Folgen dramatisch sein. Die immer wieder erhobene Behauptung, dass der ausschließliche Konsum von Cannabis harmlos und medizinisch gesehen folgenlos sei, ist schlicht und ergreifend unwahr. Cannabis ist, als vermeintlich „leichte“ Droge, eine große Gefahr für den Einstieg in sogenannte „harte“ Drogen (vgl. Drs. 18/0083).

Eine legale Abgabe würde auch den Schwarzmarkt nicht zusammenbrechen lassen: dadurch, dass Kinder und Jugendliche lernen, dass ein Konsum ab dem 18. Lebensjahr legal ist, würden sie sich bis dahin Wege für den illegalen Erwerb offenhalten wollen, bis sie legal an diese Drogen herankämen. Ähnliches können wir bereits bei legalen Drogen wie Alkohol oder Zigaretten beobachten: bis zur Volljährigkeit werden diese auf andere Weise besorgt.

Anstatt also Cannabis weiter verharmlosen und im Rahmen eines Modellprojekts die schädlichen Auswirkungen des legalen Konsums an den Menschen testen zu wollen, muss mehr für den Jugendschutz und die Präventionsarbeit geleistet werden. Eine umfassende Aufklärungskampagne in den Berliner Schulen könnte beispielsweise über die Gefahren des Cannabiskonsums aufklären. Einen moderaten Kurs gibt es in der Drogenpolitik nicht. Ziel muss es vor allem für Kinder und Jugendliche sein, eine bewusste Entscheidung für ein drogenfreies Leben zu treffen.

Berlin, den 18. September 2018

Dregger Melzer Zeelen Rissmann
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU